

Siegt sich das System zu Tode? Oder: Eine andere Wirtschaftspolitik ist möglich

Meine Damen und Herren,

wenn man – wie ich – jede Woche durch Deutschland reist, dann erlebt man vor allem eines: eine Mischung von Resignation und Wut. Wenn man den Grund für die Resignation und die Wut in Worte fassen sollte, dann klingt das in etwa so: Die Menschen haben den Eindruck, dass sie nur noch Rädchen in einem anonymen Getriebe, das immer schneller läuft, doch niemand weiß wohin. In diesem Getriebe zählt der Mensch nichts mehr – es zählen nur noch Markt und Geld.

Spricht man dagegen mit Wissenschaftler oder auch mit vielen Politikerinnen und Politikern, so klingt die Diagnose ganz anders. Aus deren Sicht hat der Wohlstand die Menschen larmoyant gemacht. Denn wir leben in der besten aller Welten. Nämlich in der sozialen Marktwirtschaft. Die Menschen gehen in die Geschäfte. Dort zeigen sie den Unternehmern, was sie zu kaufen wünschen. Diese erkennen, was sie produzieren müssen, um Gewinne zu machen. Dafür, dass sie nicht zu hohe Gewinne machen und die Menschen nicht von einem Produzenten abhängig sind, sorgt die Konkurrenz: Die Verbraucher können zwischen teuren und billigeren, anspruchsvolleren und weniger anspruchsvollen Waren und Dienstleistungen auswählen. Die Unternehmen produzieren zwar aus eigenem Gewinninteresse, aber dennoch oder gerade deshalb, was die Verbraucher wünschen. Das heißt: Die Kunden bestimmen die Wirtschaft.

Dazu kommt, dass es die Politik zumindest versucht hat, aus dieser Marktwirtschaft eine soziale Marktwirtschaft zu machen. Mit einem Steuersystem, das leistungsgerecht belastet; mit einem Sozialsystem, das die Benachteiligten absichert; mit einem sozialen Netz, das die Schwächeren schützt; mit Arbeitsschutzgesetzen, die Unternehmerwillkür begrenzen.

Warum in aller Welt kommen dann die Menschen mit dem Satz, dass heute nicht mehr die Menschen zählen, sondern nur noch der Markt? Die Antwort ist: Weil die Marktwirtschaft in den vergangenen 25 Jahren einschneidend verändert wurde – hin zum reinen Kapitalismus. Wir wurden und sind Zeugen einer Revolution. Ihre Vorkämpferin kam gar nicht wie eine Revolutionärin daher, sondern mit Kostüm und Handtasche wie zum sonntäglichen Gang in die Kirche. Ihr Name war Margaret Thatcher. Ihr Wirtschaftsrezept war so einfach wie militant: Steuern runter, Sozialleistungen runter, Schutzvorschriften abbauen – und dafür die Unternehmensgewinne erhöhen. Konsequenter als jede andere Regierung setzte die Regierung Thatcher die so genannte Pferde – Spatz -Theorie in die Praxis um: Man müsse die fettesten Pferde füttern, damit auch für die Spatzen mehr Pferdeäpfel abfallen. Der so genannte Neoliberalismus war geboren. Er hat das Ziel, den Markt von staatlichen und anderen Beschränkungen zu befreien. Diese Ideologie und politische Strategie setzte sich in den achtziger Jahren in vielen Ländern durch – im Norden wie im Süden. Überall wurden möglichst viele staatliche Regelungen abgeschafft, wurde möglichst viel Staat privatisiert, wurden Sozialleistungen gekappt, Steuern gesenkt – vor allem die Steuern für die Reichen. Diese Theorie und – schlimmer noch – die daraus folgende Wirtschaftspolitik eroberte in wenigen Jahren die Welt. In einem Jahrzehnt, nämlich in den neunziger Jahren, wurden weltweit mehr Zölle, Handelsbeschränkungen, Kapitalverkehrskontrollen und andere Kontrollmöglichkeiten abgebaut als in der gesamten Menschheitsgeschichte zuvor. Die Politik wollte dem Kapital seinen freien Lauf lassen, damit sich weltweit Marktwirtschaft und Wohlstand ausbreiten – und jetzt tobt sich das Kapital aus. Der Markt wird immer totaler und die Politik immer begrenzter.

Wo immer diese Strategie durchgesetzt wurde, entstand eine gespaltene Gesellschaft – in Deutschland und weltweit.

Einerseits hat sich

- die wirtschaftliche Leistung in Deutschland in den vergangenen dreißig Jahren verdreifacht;
- besitzt jeder deutsche Haushalt im statistischen Durchschnitt Ersparnisse von 75.000 Euro;
- verfügen die Kinder durchschnittlich über zehn Mal so viel Taschengeld wie vor 20 Jahren;
- genießen inzwischen 300 Millionen Chinesen und Inder nahezu ein westeuropäisches Konsumniveau.

Andererseits hat sich die konkrete Utopie der Marktwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten für viele Menschen hier zu Lande und weltweit immer mehr zu einem Albtraum entwickelt: Das System des Neoliberalismus hinterlässt immer tiefere Spuren.

1. Obwohl sich die wirtschaftliche Leistung in den vergangenen drei Jahrzehnten in Deutschland verdreifacht hat, wird die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern der wirtschaftlichen Entwicklung immer größer. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat sich im gleichen Zeitraum fast vervierfacht und liegt bei etwa 3 Millionen Menschen. Dagegen ist der Anteil der zehn Prozent reichsten Haushalte am privaten Gesamtvermögen ist in den vergangenen 30 Jahren von 42 Prozent auf 62 Prozent gestiegen.
Seit 30 Jahren wächst in Deutschland die Arbeitslosigkeit – und zwar treppenartig: In Zeiten des Aufschwungs stagniert die Arbeitslosigkeit oder sie geht leicht zurück, in der Krise steigt die Arbeitslosigkeit eine Stufe höher. Inzwischen sind viereinhalb Millionen Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen – und das sind nur die registrierten.
2. Zahlreiche, im Einzelnen durchaus erfolgreiche Umweltgesetze haben dafür gesorgt, dass die Gewässer sauberer und die Luft schadstoffärmer ist als noch vor zehn Jahren. Gleichzeitig verbraucht das wirtschaftliche Wachstum mehr Ressourcen, als weltweit nachwachsen – national und weltweit. Nehmen Sie zum Beispiel den Flächenverbrauch in Deutschland. Professor Walter Rademacher von der Universität Ulm formuliert es so: »Geht der Flächenverbrauch so weiter wie in den vergangenen 30 Jahren, dann wird Deutschland in 81 Jahren zugebaut sein.«
Hinzu kommt die internationale Dimension des Umweltproblems: Das Ozonloch und vor allem die heraufziehende Klimakatastrophe bedrohen die Lebensverhältnisse aller Menschen auf der Erde. Und der totale Markt verbreitet unseren Wirtschafts- und Lebensstil über die ganze Welt. Was uns bevorstehen kann, kommentiert der ehemalige brasilianische Umweltminister José Lutzenberger so: »Wir haben derzeit auf der Erde 500 Millionen Autos und 6 Milliarden Menschen. Wenn die Motorisierungsquote Deutschlands – zwei Menschen, ein Auto – weltweit erreicht wäre, dann hätten wir drei Milliarden Autos und dann wären wir in wenigen Tagen tot.«
3. In der Weltwirtschaft weitet sich die Schere zwischen Arm und Reich. Während die Zahl der absolut Armen – laut UNO-Bericht über die menschliche Entwicklung – auf knapp eine Milliarde Menschen angewachsen ist, besitzen die 225 reichsten Menschen der Welt so viel wie 47 Prozent der ganzen Menschheit.
4. Weltweit wächst die Geldmenge wesentlich schneller als die Produktion von Waren und Dienstleistungen. Genau genommen wächst die Menge an Geld jedes Jahr fünfmal schneller als die Menge an Waren. Während die Börsen der Welt nach Angaben der Deutschen Bundesbank täglich 1.200 Milliarden US-Dollar umsetzen, genügen 30 Milliarden US-Dollar, um alle Waren und Dienstleistungen zu bezahlen, die jeden Tag weltweit anfallen. Das heißt: 1.170 Milliarden Dollar werden jeden Tag an den Börsen nur zu Spekulationszwecken umgesetzt. Welche Folgen dies haben kann, das zeigte die Asienkrise, die allein in Indonesien den Wert der Währung über Nacht um mehrere hundert Prozent absenkte – und auf diese Weise allein in Indonesien in drei Monaten 1,5 Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit trieb.

5. Dazu kommt, dass die Politik ständig an Macht verliert. Die großen Unternehmen können die Politiker der verschiedenen Länder gegeneinander ausspielen. Sie können hier Geld verdienen und es dort versteuern, wo die Steuern niedrig sind. Sie können hier Arbeitsplätze schaffen und dort Arbeitsplätze vernichten. Unter diesem Druck richten die Regierungen ihre Wirtschaftspolitik fast nur noch an den Standortinteressen der großen Konzerne aus. Doch wenn in der Wirtschaftspolitik nur noch die Bedürfnisse von Daimler Chrysler oder Siemens zählen – dann ist es zumindest wirtschaftspolitisch egal, wer unter Jürgen Schrempf Bundeskanzler ist.

6. Und last but not least hat der totale Markt auch das ganz normale Leben grundsätzlich verändert. Mit Erstaunen erleben viele, dass inzwischen fast alles verkauft wird. Zum Beispiel von Prominenten. Dieter Bohlen verkauft offenbar nicht genügend CDs – da verkauft er eben seine Ehegeschichten. Michael Schumacher verdient offenbar nicht genug – er verkaufte seine Hochzeit an eine Illustrierte.
 Viele Menschen erleben ganz alltäglich, wie sich der Markt durchsetzt. Plötzlich hören sie, dass ein US-Konzern die Wasserversorgung in ihrer Stadt übernimmt – derzeit soll die U-Bahn der Stadt Frankfurt an einen US-Konzern verleast werden. Die Deutsche Bahn hat nur noch ein Ziel: Sie will an die Börse. Auf dem Weg dorthin stört offenbar nur noch ein Faktor: die Fahrgäste. Also tut man alles, um deren Bedürfnisse nicht allzu ernst zu nehmen. Und weltweit werden Pflanzen und Lebewesen erst gestohlen, dann patentiert und anschließend an jene verkauft, von denen sie gestohlen wurden – nämlich an die einheimischen Bauern. Wo der totale Markt regiert, wird das Leben zur Ware.

Und in dieser totalen Vermarktung der ganzen Welt ändern sich zuerst Begriffe – und dann die Politik, die damit bezeichnet wird, zum Beispiel der Begriff »Reform“. Ursprünglich stand dahinter ja ein Mehr an Demokratie, ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit. Inzwischen meint Reform etwas ganz anderes. Wenn das Wort fällt, dann wissen alle: Eine Leistung, die bislang von der Gesellschaft bezahlt wurde, soll jetzt privat bezahlt werden, Wer dies nicht einsieht, gilt als ewig gestriger Betonkopf.

Der Veränderung der Begriffe folgt die Veränderung der Politik. Sie dient fast nur noch dazu, die Gesetze des Marktes zu Gesetzen der Politik zu machen. In der Steuerpolitik haben sich die Europäer auf einen Wettlauf nach unten eingelassen, der der berühmten Szene im Fußballstadion gleicht: Einer steht auf, um besser zu sehen. Das tut er auch – allerdings nur so lange, bis alle anderen auch aufgestanden sind. Dann sehen alle wieder gleich schlecht, aber alle stehen.

So läuft die Steuerpolitik in Europa. Und am Ende nehmen alle Regierungen immer weniger Steuern ein. Da die Löcher in den Staatshaushalten immer größer werden, reagieren sie darauf wie Privathaushalte: Sie sparen. Da jedoch im Staat – unterschiedlich zu Privathaushalten – die Kosten der einen immer die Einkommen der Anderen sind, dreht sich die Spirale der Wirtschaft immer weiter nach unten. Die Erlöse des Wirtschaftswachstums gehen an jene, die durch immer höhere Renditen oder durch Zinsen an den Finanzmärkten immer mehr verdienen und gleichzeitig durch Steuersenkungen am meisten entlastet wurden.

Diese Entwicklung in Deutschland und anderen Industrieländern wird so lange andauern, wie die staatliche Wirtschaftspolitik – und das wirtschaftliche Verhalten der Menschen - einfach den Zwängen des Marktes folgen.

Doch es sage niemand, es gäbe dazu keine Alternative. Es gibt eine Alternative dazu, den Zug immer nur schneller fahren zu lassen. Nämlich jene, die Weichen neu zu stellen. Dass dies auch in Zeiten der Globalisierung möglich ist, zeigen Beispiele anderer Länder. Eine selbstbewusste Politik kann auch im globalen Kapitalismus die Weichen so stellen, dass die Dynamik des Kapitalismus mit sozialer Gerechtigkeit und mehr Umweltverträglichkeit verbunden wird.

Sechs Strategien sind Erfolg versprechend:

1. Die deutsche Wirtschaft ist nicht zukunftsfähig, weil sie trotz allem Gerede nicht innovativ ist. Deshalb heißt Innovation das Stichwort. Was möglich ist, zeigt die Tatsache, dass ein Euro mehr pro Monat für den Strom eines jeden Privathaushaltes in den vergangenen zwei Jahren bereits 120.000 neue Arbeitsplätze entstehen ließen. Stellen Sie sich vor, auf zehn Millionen deutsche Dächer würden Solarzellen und Sonnenkollektoren montiert – und regelmäßig gewartet. Das würde ein Jobwunder in der Bauindustrie und im Handwerk auslösen. Und Deutschland von künftigen Ölkrisen verschonen. Doch während die erneuerbaren Energie noch gut gefördert werden, bleiben anderweitig viele Chancen ungenutzt: Die Hybridautos kommen aus Japan, die Neigezüge funktionieren nur in Italien, für Erdgasautos gibt es kaum Tankstellen – und beim Deutschen Technolodienst in München schlummern 11.000 Forschungsergebnisse und Patente, die in neue Produkte umgesetzt werden könnten. Warum also kürzt man nicht Subventionen, führt einen dritten Mehrwertsteuer-Satz für Luxusprodukte ein – und fördert damit in ganz Deutschland industriellen Innovationen, die hunderttausende Arbeitsplätze schaffen können.
2. Doch es geht nicht nur um industrielle Innovation, sondern auch um soziale Innovation. Deutschland braucht bessere Kindergärten, Schulen, Hochschulen und soziale Dienste. Wie wäre es da mit einem völlig neuartigen Generationenvertrag. Stellen Sie sich vor, es würde eine Vermögenssteuer von einem Prozent auf hohe Vermögen erhoben, die dann an die Bundesländer fließt. Die Vermögenssteuer ist ja eine Ländersteuer. Und die Bundesländer würden dieses Geld – etwa acht Milliarden Euro pro Jahr - in Kindergärten, Schulen und Hochschulen stecken. Dann würde das Vermögen von heute das Vermögen von morgen fördern. Durch Arbeitsplätze für die Menschen von heute und durch bessere Aussichten für die Erwachsenen von morgen. Das wäre ein Generationenvertrag mit Zukunft.
3. Allerdings ist es eine Illusion zu glauben, mit Wachstum allein könne man Vollbeschäftigung herstellen. Eine entschiedene Verringerung der Arbeitslosigkeit steht und fällt mit einer intelligenten und flexiblen Politik zur Verringerung der Arbeitszeiten. Dabei geht es nicht um stromlinienförmige Strategien wie die 32-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Das ist auf die flexiblen Bedürfnissen der Menschen und der Betriebe nicht zugeschnitten. Es geht stattdessen darum, andere Arbeitszeit-Formen zu fördern: Teilzeitarbeit, Sabbatjahre, Überstundenabbau, Elternteilzeit oder Job-Rotationen. Und das sollte der Staat fördern. Warum erhalten zum Beispiel Unternehmen, die die Arbeitszeit ihrer Mitarbeiter(innen) zum Beispiel durch den Abbau von Überstunden verkürzen und dafür registrierte Arbeitslose einstellen, nicht für einige Jahre das Geld, das diese Arbeitslosen den Staat in dieser Zeit sowieso gekostet hätten? Statt Arbeitslosigkeit würde dann Arbeit subventioniert. Finanziell macht das für die Regierungen keinen Unterschied, wohl aber für die heute Arbeitslosen. Für sie ist der Unterschied zwischen Arbeiten und Nicht-Arbeiten existenziell.
4. Und es gibt sie nicht nur bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es gibt sie auch bei der Finanzierung des Sozialstaates. Allerdings nur dann, wenn man konsequent mehr Solidarität einführt anstatt Solidarität konsequent abzubauen. Wie dies gehen kann, das zeigt die Schweiz: Dort sind alle Bürgerinnen und Bürger ab dem 20. Lebensjahr Mitglied der Rentenversicherung, egal, ob sie nicht-erwerbstätig sind, angestellt, beamtet, Arbeiter, selbstständig, Landwirt oder Unternehmer. Und sie zahlen alle Beiträge von allen Einkommen: Löhne, Gehälter, Gewinne, Vermögenserträge. Das Resultat ist eindrucksvoll: Alle Bürgerinnen und Bürger sind durch eine Mindestrente, die meisten durch eine höhere Rente abgesichert. Und die Beiträge sind halb so hoch wie in Deutschland. Dieser Sozialstaat ist global und doch gerecht.
5. In Sri Lanka geschieht, was wirklich Zukunft hat: Dort produziert eine einheimische Solarfirma mit Hilfe des Erdölkonzerns Shell Solarzellen, die über günstige Kleinkredite und Förderprogramme der Weltbank einheimischen Bauern angeboten werden. Das Programm zur Versorgung der ländlichen Entwicklung mit Strom stößt auf Begeisterung. 7.000 Bauern versorgen sich und ihre Dörfer auf diese Weise zum ersten Mal in ihrem Leben mit Strom. Die Insel Mauritius zeigt, was Entwicklungspolitik bringen kann: Die Insel profitierte über Jahrzehnte von Mehreinnahmen in Höhe von 100 Millionen Euro pro Jahr, die die Europäische Union dann bezahlt, wenn die Marktpreise für einen Rohstoff unter ein

bestimmtes Niveau fallen. Diese Mehreinnahmen nutzte Mauritius zu weit reichenden Investitionen: in die Förderung von Kleinbetrieben, in moderne Technologien, in Dienstleistungen. Und siehe da: Der Lebensstandard ist inzwischen drei Mal so hoch wie in Indien, und es gibt eine soziale Demokratie.

Diese Beispiele zeigen, dass gezielte Hilfe eine Alternative zur neoliberalen Globalisierung schaffen könnte: Sie könnte dafür sorgen, dass sich nicht nur Investitionen und Renditen globalisieren, sondern auch Gerechtigkeit und Umweltschutz. Könnte die Weltgemeinschaft nicht einen internationalen Marshallplan aufliegen, finanziert mit einer Steuer auf Börsenspekulationen, damit die ganze Menschheit wirklich eine Zukunft? Immerhin würde bereits eine Steuer von 0,5 Prozent jedes Jahr doppelt so viel Geld für die Weltgemeinschaft als alle Industrieländer jährlich zusammen an Entwicklungshilfe bezahlen.

6. Diese großen politischen Strategien müssen jedoch durch eine sechste Strategie ergänzt werden: durch eine Stärkung der Regionen, wo die Menschen leben und durch neue Initiativen der Menschen gegen die Allmacht des Geldes. Diese Entwicklung hat bereits begonnen und muss fortgesetzt werden. In Bayern haben zwei Landkreise beschlossen, in den kommenden Jahrzehnten, ihre Energieversorgung komplett auf erneuerbare Energien umzustellen. Das hat Zukunft. An vielen Orten erproben Menschen – Ältere und Jüngere – neue Wohnformen – in Mehr-Generationen-Häusern und in Form neuer Gemeinschaften, die Lebensqualität mit dem Einsatz für jene kombiniert, die Hilfe brauchen. In ganz Deutschland bilden sich lokale Tauschringe, in denen Menschen ihre Stärken und Leistungen tauschen – ohne Geld und Zins. In vielen Regionen sorgen regionale Währungen, die nur in lokalen Geschäften, nicht aber bei großen Konzernen einlösbar sind, für die wirtschaftliche Förderung der Wirtschaft vor Ort. Und drei Banken – die GLS-Gemeinschaftsbank plus Ökobank, die Umweltbank in Nürnberg und die Ethikbank in Thüringen – beweisen täglich, dass Geld auch anders investiert werden kann als für den größtmöglichen Gewinn: nämlich für Bildung, Gerechtigkeit und Umweltschutz. Klar ist denn auch: Wer will, dass dieses Geld orientierte System anders läuft, muss dem Geld vor Ort eine andere Richtung geben. Und die große Hoffnung besteht darin, dass dies vermehrt geschieht.

Solche Beispiele zeigen, wie eine andere Politik und neue Initiativen von Menschen dafür sorgen können, dass nicht in erster Linie der Markt zählt, sondern der Mensch.

Bleibt die Frage: Wie kommt die Politik dazu, dies zu tun? Die Antwort: Nur wenn Menschen diese Politik einfordern. Politik wird sich nur bewegen, wenn sich die Menschen bewegen. Sollen die Menschen nicht immer stärker zu Rädchen im Getriebe des Weltmarktes werden, dann brauchen wir eine große Gegenbewegung auf der Grundlage breiter Bündnisse: Die soziale Bewegung erstarkt gerade wieder, die Friedensbewegung hat gerade gezeigt, wie man weltweit für die gleichen Ziele mobilisiert, und die Globalisierungskritiker haben bewiesen, dass man die internationale Politik zwingen kann, künftig nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale und ökologische Fragen auszusprechen. Diese breite Bewegung zu unterstützen und zu bündeln. Von dieser Bewegung wird es abhängen, ob künftig der Markt den Menschen dient – oder ob sich das System irgendwann zu Tode siegen wird.

Bleibt die letzte Frage: Gibt es noch Hoffnung auf eine Veränderung? Das ist die schwierigste Frage, weil bei uns Deutschen das Wort Hoffnung viel schwerer wiegt als unser ewiger Pessimismus. Deshalb möchte ich meine Hoffnung etwas satirisch ausdrücken: Wir haben keine Chancen, also nutzen wir sie.